

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen Vierteljährl. 18 RM. 50 Pf., in Altensteig 18 RM. 50 Pf. Einzelhefte 2 RM. 50 Pf. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile über deren Raum 70 Pf., die Reklamzeile 2 RM. 50 Pf. Rückentwurf eines Auftrags 3 RM. 50 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Bezahlungsvorgang ist der Rabatt hinsichtlich.

Nr. 153.

Altensteig, Samstag den 29. Oktober.

Jahrgang 1921.

Zur Lage.

Als vor mehr als 5 Monaten, am 10. Mai, unter dem Druck des Londoner Ultimatum das Reichskabinett Hehenbach durch das Kabinett Wirth abgelöst wurde, gab es vorher endlose Irrungen und Wirrungen, bis endlich die um die Deutsche Volkspartei verlagte Koalition mit dem Parteiministerium zustande kam. Die Grundlage, auf die die Reichsregierung parteimäßig gestellt war, war eine Minderheit. Für die Dauer und angeht die schwerwiegenden Fragen, die nach innen und außen sich aufdrängten, war dieser Zustand nicht auf lange Zeit erträglich. Die Verantwortung für Entscheidungen in den der Lösung harrenden Steuerfragen, die Goldzahlungen an den Verband, die Ausführung der Sachleistungen nach dem Wiesbadener Abkommen, die Abwicklung der ober-schlesischen Angelegenheit, unter den obwaltenden Umständen, die eine Lebensfrage für Deutschland ist — die Verantwortung für all das mußte und sollte auf breitere Schultern gelegt werden. Seit Wochen wurden zwischen den Parteien Verhandlungen geführt, um womöglich nach rechts und nach links die Verbreiterung zur sogenannten „großen Koalition“ durchzuführen. Der Erfolg ist bekannt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten von links lehnten es ab, die Verantwortung mitzutragen. Der Beitritt der Deutschen Volkspartei mit ihren 65 Stimmen zur bestehenden Koalition von Mehrheits-Sozialdemokratie (108), Zentrum (72 einschließlich 3 Deutschhannoveraner) und Demokraten (40) hätte die Mehrheit (220 von 489 Reichstagsmitgliedern) in die ausschließliche Mehrheit von 285 Stimmen verwandelt. Parteipolitische Meinungsverschiedenheiten ließen keine Verständigung aufkommen, und so kam der Tag heran, wo der erbärmlichste Vertragsbruch des Verbands mit dem Raub von Oberschlesien Tatsache wurde. Und in Berlin war die Jersfahenheit größer denn je.

Reichskanzler Dr. Wirth hatte angekündigt, wenn die von den Vätern vorbereiteten Nachrichten über das Schicksal Oberschlesiens sich bestätigen sollten, so werde das Reichskabinett zurücktreten. Die Befähigung durch den Vorschlagerrat in Paris kam alsbald. Und die gegnerischen Besprechungen wurden noch übertrieben. Unermesslich ist der Verlust, den Deutschland durch den Raub der Bodenschätze und der Industrie Oberschlesiens erleidet. Aber noch mehr: wir verlieren Hunderttausende deutscher Menschen an Polen. In dem geraubten Gebiet wurden am 20. März für Deutschland 290 593, für Polen 281 192 Stimmen abgegeben, es werden also 602 146 Stimmberechtigte zu Polen geschlagen. Von der Gesamtbevölkerung im Abstimmungsgebiet mit 1 950 000 Seelen verlieren wir 965 000 oder 49 Prozent. Aber abgesehen von der Gebietstrennung sind die sogenannten wirtschaftlichen Bestimmungen in der Entscheidung des Vorschlagerrats ein raffiniert ausgeklügeltes Machwerk, die gesamte wirtschaftliche Schwerekraft des Industriegebietes nach Polen hinüberzubringen. Annehmen oder — Sanktionen! hieß es; bis 27. Oktober mußte der deutsche Bevollmächtigte zu den Verhandlungen mit Polen über das „wirtschaftliche Abkommen“ ernannt und dem Vorschlagerrat namhaft gemacht sein.

Am 23. Oktober hat darauf der Reichskanzler seine Ankündigung wahr gemacht und ist zurückgetreten. Seinem Programm der ehrlichen Erfüllung des Ultimatum war durch den schmählichen Raub Oberschlesiens die Grundlage entzogen. Aber selbst dieser große Moment, in dem Deutschlands Schicksal sich vielleicht auf unabsehbare Zeit entscheidet, traf keine einzige Volksvertretung und kein einziges Volk. Was wird erst noch geschehen müssen, um diese so dringend nötige Einigkeit endlich herbeizuführen! Es wurde verhandelt und verhandelt. — Vergeblich. Am 25. Oktober übertrug nun der Reichspräsident dem bisherigen Reichskanzler abermals die Kabinettsbildung, indem er ihm freie Hand ließ, ein Koalitionsmministerium oder ein Geschäftsb., d. h. Uebergangsministerium zu berufen. Dr. Wirth entschied sich für das letztere, da eine Koalition im Augenblick nicht erreichbar schien. Von den in Betracht kommenden Parteien bestand die Deutsche Volkspartei auf der unbedingten Ablehnung des Diktats, und sie verlangte ferner, daß auch kein Bevollmächtigter zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Polen ernannt werde, denn dies würde vom Verband als Anerkennung

des Diktats ausgelegt und ausgenutzt werden. Die Demokraten lehnten das Diktat gleichfalls ab, sie waren aber mit der Entsendung des deutschen Vertreters unter dem Vorbehalt einverstanden, daß daraus nicht die Annahme des Diktats gefolgert werden dürfe. Zentrum und Sozialdemokratie erklärten sich für Annahme des Diktats unter gleichzeitigen Protest gegen die Gewalttat und die Verletzung des Friedensvertrags durch den Verband. Die Hoffnung auf die „große Koalition“ war dahin. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten verzichteten auf die Beteiligung an der neuen Regierung. Und was nun zustande kam, war eigentlich kein Geschäftsministerium, sondern ein Kabinett der „keinen Koalition“ von Zentrum und Sozialdemokratie. Die bisherigen Minister der beiden Parteien blieben fast alle im Amt, der ausscheidende demokratische Justizminister Schiffer wurde durch den Sozialdemokraten Stadbruch ersetzt und das Wiederaufbaumministerium blieb vorläufig frei, wohl um dem der demokratischen Partei zugehörigen jetzigen Inhaber Dr. Rathenau den Rückweg offen zu halten, wodurch allerdings die grundsätzliche Nichtbeteiligung der Demokratischen Partei hinsichtlich wurde, zumal sie der Reichswehrminister Gehler bereits als „unpolitischen“ Fachminister im Kabinett belassen hat. Rathenau soll übrigens bestimmt abgetreten haben, jedenfalls solange die Demokratische Partei der Koalition nicht angehört. Als Parteilooser behält Gähler das Verkehrsministerium bei.

Rein zahlenmäßig nach den Parteistärken betrachtet, wäre das neue Reichskabinett nicht lebensfähig, denn die beiden Parteien hätten zusammen nur 180 Stimmen von 489. Kann aber das Kabinett auf die zugehörige Unterstützung der 81 Unabhängigen Sozialdemokraten rechnen, so hat es eine wenn auch kleine Mehrheit (241 gegen 228 Stimmen) hinter sich, außerdem haben die Demokraten erklärt, daß sie keine Oppositionsstellung einzunehmen werden. Immerhin erscheint die Stellung nicht so geistig, daß das Kabinett die Feuerprobe bei den Steuererhöhrungen ungefährdet bestehen könnte, und so wird der Gedanke der „großen Koalition“ sich von selbst wieder aufdrängen. Die Zentrumstraktion hat sich denn auch bereits für die Ausdehnung der Koalition auf Demokraten und Deutsche Volkspartei ausgesprochen. In der Sitzung des Reichstags vom 26. Oktober hat Reichskanzler Dr. Wirth eine Erklärung der neuen Regierung zu dem Raub von Oberschlesien abgegeben und in glücklichen gewählten Worten gegen den Reichsbruch Protest erhoben, gegen den wir leider machtlos sind. Der Reichstag hat mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Enthaltungen die Erklärung gebilligt. Für die Regierung stimmten geschlossen das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen, sowie die große Mehrheit der Demokraten. Sodann vertrat sich der Reichstag bis zum 3. November. Inzwischen ist auch eine amtliche Protestnote gegen das rechtswidrige Verfahren des Verbands in Paris übergeben worden. Was sie für einen Erfolg haben wird, läßt sich leicht denken.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen werden nun beginnen, sie werden aber nur den Polen oder deren Hinterleuten Nutzen bringen können. In Oberschlesien spielen es nämlich die Spionen vom Dach, daß das ganze Frankreich eine abgekartete Sacke des Pariser und Londoner Großkapitals ist. Das gewaltige Kohlenbeden von Oberschlesien, dem eigentlichen Polen und Galizien soll in englische und französische „Interessensphären“ geteilt werden, wie man in der modernen Gaunerpraxis sich ausdrückt, und der Plan dazu soll schon lange vor Ausbruch des Kriegs brüand haben.

Daß übrigens bei allem Ernst in der Welt der Dumos das nicht ganz in die Rinsen gehe, dafür hat der frühere Kaiser Karl wieder einmal gesorgt. An Ostern hat er bekanntlich schon mit wohlwollender Unterstützung gewisser Kreise in Frankreich eine Fahrt nach Westungarn gemacht, um seinen verwaisten Königsthron in Budapest wieder zu besteigen. Karl hat nämlich auf die Stephanskrone nicht verzichtet, noch ist sie ihm genommen, er hat nach dem Abkommen von 1918 nur sich der Ausübung der Regierung zu enthalten, bis in Ungarn eine Königswahl entscheidet. In Oesterreich ist die Sache anders; als Kaiser mußte Karl abdanken, aber den Titel eines Königs von Ungarn kann er zurzeit noch führen. Damals, an Ostern, mußte er alsbald unter dem Gejohle der Menge die Rückreise in die Schweiz wieder antreten, die ihn gegen das Exilantwort, sich aller politischen Handlungen zu

enthalten und keine Reisen ohne vorherige Mitteilung beim Bundesrat zu unternehmen, wieder aufnahm. Aber Karl von Habsburg nimmt es mit den Verpflichtungen bekanntlich nicht so genau, und so reiste er mit seiner Gemahlin Rita und einigen Begleitern durch die Luft nach dem Burgenland, wo für den Empfang des „Königs“ schon Vorbereitungen getroffen waren. Ein Heer von Freischützern und einige Bataillone regulärer Truppen schloßen sich ihm an und dann ging es im Siegeszug gegen Budapest, — wo er tüchtig verhaunt und samt seiner Rita eilenmäßig gefangen wurde. Jetzt sitzt er in einem Kloster an der Donau und hat Ruhe, wie weiland Quintilianus Varus, über die Schlechtigkeit der Welt nachzudenken. In Paris heißt man über dem Mißgeschick des Tsopatsches die Fäden zusammen und man berät mit England und Italien, wo man den Reiskaiser unterbringen könnte, denn die Schweiz hat ihn den Aufenthalt untersagt. Die Engländer möchten ihn nach den Kanarischen Inseln bringen, die Franzosen sehen ihn wohl lieber in einer italienischen Stadt oder auf Malta, wo er, wenn man ihn braucht, ebenso rasch wieder zur Stelle wäre, wie seinerzeit Napoleon von Elba. Vorläufig wird der Exkaiser auf Beschluß des Vorschlagerrats nach der rumänischen Donaufestung Galatz gebracht werden. In Oesterreich hat aber Karl von Habsburg keine Aussichten mehr und auch in Ungarn wird man sich, nachdem sein zweites Abenteuer 400 Tote und 1000 Verwundete gekostet hat, für einen weiteren Versuch wohl bedanken.

Der Reichskanzler über die Reichspolitik

28. Okt. In einer von Tausenden besuchten Versammlung im großen Posthallsaal sprach Reichskanzler Dr. Wirth über die Reichspolitik, wobei er insbesondere die ober-schlesische Frage und die Genfer Entscheidung berührte. Der Reichskanzler sagte dabei u. a.: Nicht nur die Oberschlesier, sondern das gesamte deutsche Volk haben das Gefühl, daß Oberschlesien verhässert worden sei. Trotzdem dürfe man jetzt keine Politik einer abschließlichen wirtschaftlichen Verelendung in Oberschlesien betreiben. Aber die Wegnahme dieser wichtigen deutschen Produktionsstätten, die vor aller Welt als ein Raub bezeichnet werden müsse, berührten aufs empfindlichste die deutsche Produktionstätigkeit. Die deutsche Leistungsfähigkeit sei für die Reparationszwecke dadurch wesentlich geschwächt. Der Kanzler nannte den Versailler Vertrag den Herzenhammer der europäischen Friedenspolitik, aber enthalte einen Paragraphen, der Deutschland das Recht gebe, seine Leistungsfähigkeit von Zeit zu Zeit nachprüfen zu lassen. Dieser Fall sei hier gegeben. Der Kanzler verlas vor der Versammlung die bekannte Rechtsverwahrung, die die deutsche Regierung an die Vorschlagerratskonferenz gerichtet hat, und sagte hinzu, dieses historische Dokument müsse Gemeingut des deutschen Volkes werden.

Am Schluß seiner häufig durch stürmischen Beifall unterbrochenen Rede besprach der Reichskanzler die durch die Gewaltpolitik der Entente herbeigeführte Weltwirtschaftskrise sowie die Entwertung der Mark durch die Reparationszahlungen und erklärte, es sei unmöglich, ein 60 Millionen-voll als Käufer auf dem Weltmarkt auszuhalten, wie es durch die Entwertung der Mark geschehe, ohne daß die Volkswirtschaft der Gläubigerstaaten selbst dabei zugrunde gehe. Der Kanzler schloß mit einem Appell zur inneren Einigkeit, die auf der Verantwortungsfreudigkeit aufgebaut werden müsse.

Neues vom Tage.

Rathenau über die deutsche Ausfuhrmöglichkeit. Berlin, 28. Okt. In einem Briefwechsel mit dem englischen Nationalökonom Angell erklärte Rathenau zu der Frage, ob Deutschland durch erhöhte Ausfuhr die Entschädigungen bezahlen könne, eine solche Ausfuhr sei für die übrigen Nationen unerträglich. Es länden Deutschland nicht mehr als 36 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung und mithin sei es ausgeschlossen, eine Ausfuhr durchzuführen, die Franzosen auf 26 Milliarden bezweckten, die aber in Wirklichkeit 40 Milliarden betragen müßte, um die Entschädigungen zu zahlen.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 28. Okt. Nach den bisherigen Nachrichten wird der Reichstag am 5. November sich mit den Steuerentwürfen der Regierung befassen. In einer Nachtragsforderung wird ein neuer Kredit von 4 Milliarden für die Erhöhung der Beamtengehälter und Teuerungszulagen beantragt.

Verzögerung der Steuerentwürfe.

Berlin, 28. Okt. Nach dem „B. Z.“ erleiden die gegenwärtigen Arbeiten für die Steuerentwürfe durch die Umbildung des Reichskabinetts eine gewisse Verzögerung, weil bei der Aufstellung der Steuerpläne mit einer großen Regierungskoalition unter Einfluß der Deutschen Volkspartei gerechnet wurde. Die Steuerentwürfe, außer den Besondereurteilen über die Besitzsteuern, dürften jedoch bis zum Beginn der kommenden Reichstagsession am 3. November fertiggestellt sein. Geplant sind dem Reichstag die Besondereurteile über die Erhöhung der Verbrauchssteuern, über die Änderung der Körperschaftsteuer und über die Erhöhung der Zölle zuzugangen.

Die Sachverständigen gegen Entstaatlichung der Eisenbahnen.

Berlin, 28. Okt. Der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums war in der gestrigen Sitzung überwiegend der Ansicht, daß eine Übertragung der Eisenbahnverwaltung an eine privatrechtliche Gesellschaft selbst unter Wahrung des Eigentumsrechts des Reichs nicht zweckmäßig sei. Dagegen sei eine Durchführung des Staatsbetriebs mit kaufmännischem Geist und die möglichst weitgehende Anwendung privatwirtschaftlicher Grundzüge zu empfehlen.

Eher ein Fluch, als ein Segen.

London, 28. Okt. Reuters meldet: Im Handelsklub in Chicago hielt Reginald Mc Kenna, der frühere englische Schatzkanzler und jetzige Vorsitzende des Ausschusses der London and Midland Bank, eine Rede, in der er erklärte, Deutschlands Entschädigungszahlungen an England und die Rückzahlung der Kriegsanleihen der Verbündeten an England könne sich eher als ein Fluch denn als ein Segen erweisen. England verliere dadurch zwei Millionen Arbeitslose mehr, als es je in dreißig Jahren von Deutschland erhalten würde. Er möchte lieber sehen, daß das arbeitslose Volk Reichtum schaffe, als daß es um den Preis der Arbeitslosigkeit trotzdem Reichtum von Deutschland erhalte. Was er von England sage, fuhr Mc Kenna fort, gelte auch in geringerem Maß von den Vereinigten Staaten. Angesichts dieser Dinge könne man wirklich bezweifeln, ob es für Großbritannien von Nutzen sei, daß Kriegsentwürdigungen bezahlt werden, und ob die Rückzahlung der Kriegsanleihen der Verbündeten sich nicht mehr als ein Fluch, denn als ein Segen herausstellen werde. Der Deutsche unterbiete England und Amerika auf dem Weltmarkt. Er bezahle die Entschädigungen, aber um welchen Preis? England habe zwei Millionen Beschäftigungslose, Amerika noch viel mehr. Man könne die Arbeiter nicht wieder beschäftigen, ehe man nicht für die Waren einen Markt finde.

London, 28. Okt. Lloyd George, Lord Birkenhead und zwei irische Bevollmächtigte sind im Unterhaus zu einer Besprechung zusammengetreten.

König Karl verweigert den Thronverzicht.

Frankfurt, 28. Okt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Budapest gemeldet: Die ungarische Regierung entsandte, mit Rücksicht auf die Note der Völkervereinigung eine Abordnung zu Karl von Habsburg und forderte ihn auf, freiwillig auf den Thron zu verzichten, da sie sonst gezwungen wäre, durch die Nationalversammlung seine Absetzung auszusprechen zu lassen. Noch vor dem Eintreffen der Note der Völkervereinigung hatte die ungarische Regierung den König aufgefordert, im Interesse des Friedens auf den Thron zu verzichten, was er entschieden ablehnte.

Der französische Senat für Briand.

Paris, 28. Okt. Der Senat hat mit 301 gegen 9 Stimmen folgende Tagesordnung angenommen: „Der Senat bekennt: in dem Augenblick, wo der Ministerpräsident nach Washington abreist, der Regierung sein Vertrauen und fordert dazu auf, die Interessen und die Sicherheit Frankreichs zu verteidigen, um damit den Grundfesten des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit zum Siege zu verhelfen.“

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 28. Okt. Die Abreise der deutschen Verhandler für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, Schäffer und Dewald, dürfte anfangs nächster Woche erfolgen. Als Verhandlungsort kommen Oppeln oder Katowitz in Frage.

Um die nötige „Stimmung“ für das „Abereinkommen“ zwischen Deutschland und Polen zu schaffen, legt in dem Reichstag vorgeschobenen Teil Oberösterreichs eine wilde polnische Agitation ein. Polnischerseits sind in Hindenburg Unterschriften gesammelt worden zu einer Petition der Hindenburgers Einwohnerchaft an den Obersten Rat, worin gebeten wird, auch die Stadt Hindenburg zu Polen zu schlagen.

Nähtritt Batockis?

Berlin, 28. Okt. Laut „Kreuzzeitung“ beabsichtigt der Reichskommissar für den Wiederaufbau, von Batocki, von seinem Amt zurückzutreten.

W.B. London, 28. Okt. Die Aussichten auf eine Regelung in der irischen Frage werden als trübe bezeichnet. Es wird keine weitere Sitzung der irischen Konferenz vor der Debatte über die irische Frage im Unterhaus am Montag erwartet, bei der, wie man in ministeriellen Kreisen zuverlässig annimmt, die Regierung eine überwältigende Vertretung erlangen wird.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 19. Oktober 1923.

Verstegt wurde Regierungsrat Rapp in Friedrichshafen an das Hauptzollamt Horb und Regierungsrat Willinger in Horb an das Hauptzollamt in Friedrichshafen. Gegenseitig versteht wurden ihnen Ansuchen entsprechend ferner Oberlehrer Rapp in Ulm und Hauptlehrer Graf in Walddorf, O.N. Rogold.

Schwerer Einbruch. In letzter Nacht wurde in dem Manufaktur- und Ausfuergeschäft von Reinhold Hayer hier ein schwerer Einbruchdiebstahl in raffinierter Weise ausgeführt. Die Diebe schnitten das Glas eines Fensterflüßels kreuz und quer, schloßen sich den Eingang in das Haus, schnitten die elektr. Beleuchtung ab, raubten die besten fertigen Damenmäntel, Unterwäsche, Stockschirme, Zigarren etc. und schafften den Raub offenbar in einem Wagen fort. Die Radkassette, in der sich nur einiges Wechselgeld befand, wurde vergeblich zu erbrechen versucht, aber nur beschädigt. Der Schaden ist groß. Es handelt sich offenbar um eine gewerbmäßige Einbrecherbande.

Volksbildungssache. Im kommenden Winterhalbjahr soll auch hier in Altensteig mit Volksbildungskursen ein bescheidener Anfang gemacht werden. Eine Einführung in das weite Gebiet der Dichtung, die verschiedenen Dichtungsarten, den Jreengehalt einzelner hervorragender Dichtungen und der Vortrag von Gedichten, das Vorlesen von Beispielen aus Poesie und Prosa, schließlich auch Lesen mit verteilten Rollen sind, wenn Lust und genügende Beteiligung vorhanden ist, die Ausführung kleinerer Stücke soll Aufgabe und Zweck der Besessenen sein, die von Unterlehrer Stengelmann abgehalten werden wollen. Man rechnet dabei auf die Beteiligung der heranwachsenden Jugend nicht unter 17 Jahren. Auch ältere Leute, die eine Freude an guter deutscher Dichtung haben, sind willkommen. Einzelheiten, wie die beiden Abende in der Woche, Lokal, Beginn usw., werden durch Ausschreiben in diesem Blatt bekanntgegeben.

Ein Winterfahrplan. Entgegen der ursprünglichen Absicht, keinen Winterfahrplan herauszugeben, da für Sommer und Winter zugleich ein Fahrplan erschienen war, ist der leichteren Ueberblicklichkeit wegen nun doch ein Winterfahrplan erschienen und zwar eine große Ausgabe zu 6 Mk. mit den wichtigsten Anschlußstellen in Baden, Bayern, Oeffen, Württemberg, der Pfalz und der Schweiz und eine kleine Ausgabe zu 2 Mk. 50 Pf.

Wohltätigkeitsanstalten. Von der Not der Wohltätigkeitsanstalten ist in diesem Blatt schon mehrfach berichtet worden. Die meisten derselben in unserem Land gehören in den Bereich der sog. „Inneren Mission“, da sie von christlicher Liebe begründet wurden. Die Landesvereinigung für Innere Mission umfaßt nicht weniger als 23 Erziehung- und Rettungsanstalten z. B. Obingen, Herbrechtingen, Obernsingen, Schönbühl, Dichtenstern und Tempelhof (1500 Kinder), 2 Taubstummenanstalten Wilhelmshausen und Paulinenpflege Winnenden (320 Pflanzlinge), 2 Blindenanstalten Nikolauspforte und Gmünd (80 Pflanzlinge), Heilanstalten für Kranke, Gebrechliche und Alte Werner'sche Anstalt in Ludwigsburg, Wilberg, Steilen i. N. u. a. (1370 Pflanzlinge), dazu die 2000 Krankenpflegerinnen in 5 Diak.-Veränden und 1 Diakonienanstalt (Karlshöhe 265 Bitter). Daß diese gemeinnützigen, allen Konfessionen zugut kommenden Anstalten in ihrer Rollage dauernde Unterstützung seitens der Allgemeinheit dringend bedürfen, ist außer Frage. Deshalb soll auch hier eine der „Halbhartenskollekte“ für die Innere Mission entsprechende, regelmäßige Kollekte (monatlich 30 Pf., am besten vierteljährlich 1 Mk.) eingeführt werden. Es wird herzlich gebeten, die mit einem blauen „Sammelbüchlein“ f. d. Innere Mission Württembergs versehenen Helferinnen wohlwollend aufzunehmen. Sie nehmen gern auch außerordentliche Gaben für einzelne Werke der Innere Mission z. B. Karlshöhe, So. Gesellschaft, Paulinenpflege in Winnenden, in Empfang. Gang.

Rotmühl, 27. Okt. (Schwurgericht.) Christian Rautter, Bäder von Hallwangen O.N. Freudenstadt und Katharine Götzinger, Dienstmädchen von Nach O.N. Freudenstadt standen vor dem Schwurgericht wegen Meineids. Sie haben in einem Prozeß wegen Unterhalt eines unehelichen Kindes der Götzinger gegen den Wagner Wilhelm Schülle von Unterensbach als Beklagten am 28. Juni 1921 vor dem Amtsgericht Freudenstadt unter Eid falsche Angaben gemacht. Nach einständiger nichtöffentlicher Verhandlung wurden beide Angeklagte, die auf freiem Fuß waren, in Haft genommen und die Verhandlung auf 4. November verlag.

Freudenstadt, 28. Oktober. (Einstellung der Brotmehlmischung.) In der gestrigen Sitzung des Rates vom Reichamt wurde der Beschluß gefaßt, ab 1. November die verschiedenen Mehlsorten in ungemischtem Zustand abzugeben, da nach einer Mitteilung der Reichsgetreidestelle die Kommunalverbände in Zukunft beinahe ausschließlich mit Weizenmehl beliefert werden können.

Freudenstadt, 28. Okt. (Todesfall.) Volksschullehrer Schull ist nach langem Krankenlager gestorben. Jahrelang hat der Entschlafene segensreich an der hiesigen Volksschule gewirkt und sich allgemeine Sympathie und Beachtung erworben.

Unterensbach, 27. Okt. (Todesfall.) Am Mittwoch abend ist hier Gemeindepfarrer Johann Georg Ruster, in einem Alter von nahezu 68 Jahren gestorben. Er hat sein Amt hier 37 Jahre lang zu allgemeiner Zufriedenheit verwaltet. Mit ihm hat die Gemeinde eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit verloren.

Stuttgart, 28. Okt. (Polizeistunde. — Hoder. Neuer.) Der Gemeinderat beschloß mit 37 gegen 17 Stimmen, die Polizeistunde in Stuttgart an allen Tagen auf 12 Uhr festzusetzen. Der alte Beschluß mit der 11 Uhr-Schlusstunde wurde damit aufgehoben. — Ferner wurde die Einführung der Nacht- oder sogenannten Hodersteuer mit 29 gegen 18 Stimmen angenommen. Für die Steuer stimmten Bürgerpartei und der größere Teil der Soz. und der D.D.P. Die Steuer wurde bis zum 31. März 1924 befristet. Der unabhängige Großhändler beantragte sogar die Hodersteuer auf 500 bis 1000 Mk. pro Stunde festzusetzen. Die Nachtsteuer beträgt für die 1. Stunde nach Eintritt der Polizeistunde 5 Mk., für die 2. 8 Mk. und die 3. 10 Mk. Die Haupteinnahmequelle werden nicht die „Hoder“ bilden, sondern die Besucher der Fastnachtsveranstaltungen und Bälle.

Von der Württ. Landwirtschaftskammer. Die nächste Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer findet am Dienstag, 8. Nov., nachm., im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer in Stuttgart statt mit der Tagesordnung: 1. Grundplan für die Wirtschaftsberatung, 2. Beibringungsprüfungen und Lehrwirtschaften, 3. Übernahme der Rindviehsammelstelle Laupheim, 4. Beteiligung der Landwirtschaftskammer an den landw. Ausstellungen im Jahr 1923 (Stuttgart, Ulm, Kärnberg), 5. Festsetzung von Normalpachtpreisen, 6. Landw. Frauenschulen, 7. die neuen Reichssteuerpläne, 8. Beschaffung des landw. Betriebskredits, 9. Reichslandwirtschaftskammer, 10. Forstkammer, 11. Landlichtspiele, 12. Futternot, 13. Weinsteuern, 14. Laufende Angelegenheiten der Landwirtschaftskammer, 15. Wünsche und Anträge.

Sondermesse. Die fünfte Großisten- und Export-Sondermesse der Edelmetallindustrie findet vom 16. bis 20. Januar 1924 in Stuttgart im Handelshof statt.

Abbruch der Tarifverhandlungen mit den Industrieangestellten. Die Industrieangestellten stehen in einer Lohnbewegung. Die Verhandlungen am 25. Okt. zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden jedoch abgebrochen, da eine Verständigung nicht zu erzielen war. Die Arbeitgeber schlagen eine Erhöhung des Tarifgrundgebhalts zusätzlich der bisherigen Teuerungszulagen um 15 Proz. vor. Die Arbeitnehmer lehnten es ab, auf dieser Grundlage, weil zu niedrig, weiter zu verhandeln. Außerdem wünschten sie eine grundsätzliche Änderung des Tarifs durch Aufstellung neuer Grundgebälter. Es ist anzunehmen, daß die Angestelltenverbände die Schlichtungsinstanzen anrufen werden.

Reutlingen, 28. Okt. (Nächsten liebe.) Von der Gemeinde Reutlingen wurden 3 Zentner Kartoffeln zu je 30 Mk. und 21 Zentner unentgeltlich für Bedürftige des Bezirks abgeliefert.

Neuhäuser a. Erms, 28. Okt. (Ueberfahren.) Der 51 Jahre alte frühere Bierführer Joh. Gahner von Wittingen wurde mit abgetrenntem Kopf und Händen auf den Eisenbahnschienen gefunden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 28. Okt. (Die Stammheimer Diebes- und Hefkerbande.) Nach achtstägiger Verhandlung vor der Dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde am Donnerstag das Strafverfahren gegen die Stammheimer Diebe und Hefker zu Ende geführt. Die Diebesbande machte das ganze Strohhäufchen unflüchtig und verübte Einbrüche in Stammheim, Kornwestheim, Zuffenhausen, Feuerbach, Ludwigsburg, Mühlhausen, Ditzingen und anderen Orten. Sie nahen Lebensmittel, Kleidungsstücke, Handwerkszeug, Elektromotoren, Treibriemen usw. weg. Die Zimmermannsfamilie Jung in Stammheim war mit allen ihren Gliedern an den Diebstählen beteiligt. Der alte Vater Jung wurde vom Gericht zu 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, die beiden Söhne Julius und Wilhelm Jung, von denen ersterer rund 30 Diebstähle nachgewiesen erhielt, 7½ bzw. 8½ Jahre Zuchthaus. Die Töchter Marie und Pauline Jung kamen mit Gefängnisstrafen von 2 und 1 Monat davon. Zwei aus dem Industriegebiet der Ruhe zugereiste Einbrecher, die J. J. Gefängnisstrafen absahen, namens Paulkat und Gansewitz erhielten 2 Jahre 3 Monate bzw. 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus oder Gefängnis. Weiter wurden verurteilt: Der Arbeiter Gustav Nagel zu 2 Jahren Zuchthaus, der Hilfsarbeiter Wenninger zu 3 Jahren 5 Monaten Gefängnis, der Fabrikarbeiter Ludwig Dehner von Stuttgart zu 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, der Arbeiter Bernhard Beiter aus Kellergartach zu 1½ Jahren Zuchthaus, der Maschinenarbeiter Eugen Oster aus Aldingen zu 1 Jahr 1 Monat Gef., der Kesselführer Gemein aus Essen zu 4 Jahren 3 Monaten Gefängnis, der Flaschner Josef Döpper von Reichenbach O.N. Göppingen zu 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus, der Kohleleger Mühs zu 1 Jahr 2 Monate Gef., und noch verschiedene Stammheimer zu kleineren Gefängnisstrafen. Die meisten der Verurteilten wurden außerdem zu Ehrverlust von 3, 5 oder 10 Jahren verurteilt.

Ulm, 28. Okt. (Ein Todesurteil.) Unter großem Andrang des Publikums wurde gestern gegen den ledigen Bauernsohn Karl Gehl, 20 Jahre alt, von Weilheim O.N. Arachheim wegen Mordes vor dem Schwurgericht verhandelt. Der Angeklagte hatte mit der 19 Jahre alten Marie Frank von Weilheim ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Er hatte deswegen mit den Eltern des Mädchens eine Auseinander-



setzung und man hatte sich schließlich mit der Sache abgefunden, trotzdem die Mutter, wie der Angeklagte behauptet, einmal zu dem Mädchen gesagt haben soll, sie solle sich vom Heuboden herunterstürzen, für sie sei es nicht schade. Der Angeklagte fürchtete seinen Vater und das Gerüchte der Leute, denn die Frau war die Tochter angegebener Leute in Weilheim. Eines Tags will er nun das Mädchen weinend auf der Straße getroffen haben; sie habe zu ihm gesagt, er soll es ihr doch so machen, wie es der Nachbar bei sich gemacht habe. (Der Nachbar hatte sich nämlich kurze Zeit zuvor aufgehängt.) Diese Redensart und der allgemeine Unwille über die Sache habe den Gedanken in ihm reifen lassen, das Mädchen umzubringen, nachdem auch ein Abtreibungsversuch erfolglos war. Schließlich habe er den Beschluß gefaßt, sie am Sonntag, den 26. Juli zu einem Spaziergang einzuladen, sie dann im Walde mit einem Strick rücklings zu erdrosseln und die Leiche dann an einen Baum zu hängen, damit man glaube, sie habe sich selbst umgebracht. Diesen Plan hat er dann auch am gleichen Tag zur Ausführung gebracht. Er hat das Mädchen am Sonntag nachmittag abgeholt und ist mit ihm in den Wald gegangen, ohne von seiner Absicht etwas merken zu lassen. Auf dem Weg hätten sie sich ganz gut, ja sogar heiter unterhalten. Im Walde hätten sie sich, nachdem er noch mit ihr Verkehr gehabt hatte, wieder niedergelegt. Plötzlich habe er den mitgebrachten Strick rücklings ihr um den Hals geworfen und ihn so lange zusammengehalten, bis der Körper und das Gesicht keine Zudungen mehr zeigten. Dann habe er den Leichnam an einen Baum gehängt, dabei sei aber der Strick gebrochen. Nachdem er dem Mädchen die Kleider wieder in Ordnung gebracht hatte, sei er in die Wirtschaft zum Dirch gesprungen. Dort hat er sich nach der Tat bei Bier, Gesang und Tanz gut unterhalten, um sich nichts anmerken zu lassen. Erst nach drei Tagen hat man die Leiche gefunden und den Angeklagten als Täter überführen können. Nach den Zeugenaussagen war Ehel ein ruhiger, gefälliger, aber etwas verschlossener Mensch. Auch der getöteten Marie Frank wird das beste Zeugnis ausgestellt. Sie sei ein liebes, lebenslustiges und ordentliches Mädchen gewesen. Die Geschworenen bejahten die auf Mord lautenden Fragen. Der Angeklagte wurde zum Tode verurteilt. Er nahm die Berufung des Urteils an, ohne eine Bewegung zu machen. Nur bei der Frage des Vorsitzenden, ob er noch etwas zu seiner Verteidigung anführen wolle, sagte er, man möge ihm das Leben schenken. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auch aberkannt.

Die Kapitalertragssteuer.

Obwohl schon des öfteren in der Presse darüber aufgeföhrt worden ist, tauchten, vermutlich im Zusammenhang mit der 10prozentigen Kapitalertragssteuer, immer wieder Gerüchte auf, als ob vom Kapital oder von der Einlage 10 Prozent abgezogen und zurückbehalten würden. Neuerdings sogar begegnet man Ausstellungen, daß von den Einlagen nur noch 20 Prozent zurückbezahlt würden. So unglaublich und unsinnig derartige Behauptungen sind, so gibt es doch immer wieder Leute, die dadurch beunruhigt werden. Wir nehmen deshalb Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß insoweit Deutschland als Rechtsstaat besteht, es kein Schuldner wagen darf, seine Schuld mit bester Willkür nur teilweise zu bezahlen. Wie schon der Name des Kapitalertragssteuergesetzes sagt, wird nur der Ertrag des Kapitals, das heißt der Zins, zur 10prozentigen Steuer herangezogen. So erhält beispielsweise bei den Sparlaffen ein Einleger, dessen Einlage im abgelaufenen Jahr 40 Mark Zins getragen hat, nur 36 Mark Zins gutgeschrieben, während der weitere Betrag von 4 Mark (10 Prozent aus 40 Mark) als Kapitalertragssteuer an das Finanzamt abgeführt werden muß. Das Kapital oder die Einlage selbst samt den gutgeschriebenen Zinsen bleibt aber vollkommen unberührt. Dabei sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß Kleinrentner usw. unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag die Kapitalertragssteuer vom Finanzamt ersetzt bekommen.

Landwirte, liefert Kartoffeln ab!

Mit dieser Aufforderung wenden sich die württ. Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaftliche Hauptverband, der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften und der Schwäb. Bauernverein an die Landwirte des Landes: Die Versorgung der Verbraucherkreise mit Kartoffeln ist nach Mitteilung von zuständigen Behörden und Vereinigungen bis jetzt ungenügend, insbesondere in den großen Städten. Unter diesem Teil der Bevölkerung macht sich daher eine von Woche zu Woche wachsende Beunruhigung bemerkbar. Man fürchtet, daß sich die Familien mit diesem notwendigen und verhältnismäßig billigen Lebensmittel nicht eindenken können, daß also in erster Linie die minderbemittelten Kreise einem sorgenvollen Winter entgegengehen. Die Lieferungsmöglichkeit ist bei den Kartoffeln eine beschränkte, da bei Eintritt des Frostes der Verkehr durch die Bahn unmöglich wird. Die landwirtschaftlichen Verbände im Reich und in den einzelnen Ländern haben daher an die Landwirte die Mahnung gerichtet, so schnell wie möglich die Kartoffeln abzuliefern. Auch die württ. Landw. Vereinigungen richten an ihre Berufsgenossen die dringende Bitte, die Kartoffeln zu angemessenen Preisen womöglich in den nächsten Wochen an die Verbraucher abzuliefern.

Vorsicht vor Prozeffen.

A. G. Die „Kurbess. Bauernztg.“ veröffentlicht eine beachtenswerte Zusammenstellung der Berliner Handelskammer über die Prozefflosen nach Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnungen unter durchschnittlichen Verhältnissen:

Streitobjekt 1000 Mark:	
Kosten der 1. Instanz	936.00 M.
Kosten der 2. Instanz	1258.80 M.
Zusammen	2194.80 M.

Streitobjekt 20000 Mark:	
Kosten der 1. Instanz	3328.80 M.
Kosten der 2. Instanz	4164.60 M.
Kosten der 3. Instanz	3096.40 M.
Zusammen	10589.80 M.

Streitobjekt 100000 Mark:	
Kosten der 1. Instanz	10192.80 M.
Kosten der 2. Instanz	15288.20 M.
Kosten der 3. Instanz	11312.80 M.
Zusammen	36793.80 M.

Rechnet man dazu Zeitverluste, Kummer und Unruhe, so erscheint der magerste Vergleich künftig besser als der letzte Prozeff. Obige Zahlen mahnen zu größter Vorsicht. Es ist sehr wohl möglich, daß unläutere Elemente den Lieferanten zu prellen suchen in der Hoffnung, daß ihm die hohen Kosten eines zweifelhafte Prozeffes veranlassen werden, auf seine Rechte zu verzichten. Daher Vorsicht bei Abschluß von Geschäften mit unbekanntem Personen.

Zur Behandlung der 1921er Obstmoße.

Professor Dr. Meißner-Weinsberg schreibt uns: Bei der Weinbau-Versuchsanstalt Weinsberg werden seit einiger Zeit Klagen darüber laut, daß 1. manche Obstmoße sich schon klären, aber nur schwach gären und lange süß bleiben. Es handelt sich dabei vielfach um Obstmoße, die aus Birnen oder aus einem Gemisch von Äpfeln und Birnen hergestellt sind. Derartige Moße sind meist herb im Geschmack. Ein Teil des Gärstoffes hat sich mit den Eiweißstoffen Gemisch verbunden, weshalb sich die Moße rasch klären, aber die Hefen auch Mangel an Stickstoff haben. Deshalb ist die Gärung bei solchen Moßen eine schleppende. Um sie lebhafter zu gestalten, empfiehlt sich der Zusatz von 20 Gramm Salznat, der in etwas Most warm gelöst wird, zu je 100 Liter Most. Auch der Zusatz von Reihese ist sehr empfehlenswert; die Gärtemperatur sollte 12-15 Grad C. betragen. 2. Manche Moße sind säurearm, was man durch den Geschmack schon herausfindet. Es empfiehlt sich deshalb ein Zusatz von 100-150 Gramm Weinsäure, oder, wenn diese nicht zu erhalten ist, Zitronensäure (pro Hektoliter). Vollständig zu vermeiden ist der Zusatz von Salzsäure zum Obstmost, ebenso der von Alaun, was übrigens nach dem Weingesetz verboten ist, oder der Zusatz von Kochsalz, Ammoniak, Gärstoff usw. 3. Wenn Moße schwach werden, so kann hieran der geringe Gesamtsäuregehalt des Mostes die Schuld tragen. Nach meinen Erfahrungen sind solche schwachwerdende Obstmoße vielfach effizient, weshalb anzuraten ist, derartige Moße bei Zelten, d. h. dann, wenn noch zu helfen ist, in einem chemischen Laboratorium auf Essigsäure untersuchen zu lassen. 4. Die Obstmoße müssen Anfangs Dezember von der Hefe abgelassen werden in mittelstark eingebraute Fässer, um die Obstmoße vor dem Verlust an Gesamtsäure zu schützen. Die Moße müssen kühl gelagert und die Fässer, bis auf eines, das in Zapf genommen wird, spundvoll gehalten werden. Der Zeitraum über dem Most in Zapffässern ist etwa alle 14 Tage ganz schwach einzubrennen, um die Bildung einer Kruste zu verhüten.

Vermischtes.

100 Millionen Goldlei beschlagnahmt. Bei einer in Salzburg vorgenommenen Untersuchung des Orientexpreszugs wurden in einem Gepäckwagen 51 Rollen Gold im Wert von 100 Millionen rumänischen Lei vorgefunden und beschlagnahmt. Ein Teil des Personals, Franzosen, wurde verhaftet. Der Zug befand sich auf der Fahrt nach Paris.

Explosion. Bei den Aufräumungsarbeiten bei dem durch eine Munitionsexplosion zerstörten Forts Santa Felena in Oberitalien sind bis jetzt 22 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Verwundeten beträgt 350. Der „Messagaro“ behauptet, die Explosion sei ein bolschewistisches Werk.

Heute früh 5.30 Uhr brach in der Munitionsfabrik in Karawitz ein Feuer aus. Das Granatenlager geriet in Brand und explodierte. Die Explosion dauerte fort.

Dichter Wettbewer. Der Berliner Ratkeller wird zurzeit mit den Wappen der deutschen Großstädte und Sinsprüche neu ausgemalt. Von Berlin aus wandte man sich an den Stuttgarter Gemeinderat. Dieser veranfaßte ein Preisanschreiben unter 10 in Stuttgart ansässigen Schriftstellern. Den ersten Preis erlangte Otto Keller, den zweiten Dr. Hans-Jacob Schaefer, den dritten Gustav Schweigelbauer. Reflektierte Verse lauten:

„Ein Schwobaland, am Redarstrand,
 So wachst a-n-Erdweil,
 Er isch net herb, er isch net iend,
 Doch fernhaft, grad wie d'Schwoba send,
 's-la toiner besser sei;
 Komm Wäbele, hent ek!“

Für Dppau. Der Deutsch-dänische Ausschuß zur Hilfeleistung für die Opfer des Dppauer Unglücks überwies als erste Rate seiner Sammlung dem Reichshilfsauschuß 515 000 Mark.

Gewittersturm. Durch einen schweren Gewittersturm ist in Florida (Nordamerika) ein Schaden von mehreren Millionen Dollar angerichtet worden. Fünf Personen fanden den Tod.

Schiffbruch. Der spanische Dampfer „Torre de Voro“ hat Schiffbruch erlitten. Von den 24 Mann der Besatzung konnten nur 2 gerettet werden.

Handel und Verlehi.

Weitere Preissteigerungen. Der Verein deutscher Geschäftsbücherfabrikanten beschloß mit sofortiger Wirkung eine Preishöhung von 15-20 Prozent. — Der Verband deutscher Herbfabrikanten sah sich zu einer der allgemeinen erheblichen Steigerung der Herstellungskosten und Unkosten entsprechenden Preishöhung gezwungen, über die Höhe wird jedoch nichts mitgeteilt. — Der Verband europäischer Emaillewerke hat den Aufschlag für Kisten sendungen für das gesamte Auslandsgeschäft bis auf weiteres auf 950 Prozent festgesetzt. — Der Magarinerband hat seine Preise auf 5.50 bis 7 Mk. pro Pfund je nach Qualität erhöht; hierzu bemerkt der „Lof.-Anz.“: Die Ware, die der Magarinerband gegenwärtig in den Verkehr bringt, ist ganz zweifelsohne aus Rohmaterialien gefertigt, die er zu billigerem Kurse erworben hat.

Starke Sinken der Schweinepreise? Die „Deutsche Fleischzeitung“ kündigt ein starkes Sinken der Schweinepreise an. Durch die Einfuhr der serbischen und rumänischen Schlachtschweine auf den Hauptmärkten ist ein großer Ueberstand unserer einheimischen Waren vorhanden. Sehr ins Gewicht falle, daß die Auslandschweine an Schwere und Fettgehalt unsere einheimischen übertreffen. — Wir wollen keinem allzugroßen Optimismus huldigen und lieber abwarten, ob es sich bestätigt, daß bei der gegenwärtigen Steigerung aller Warenpreise gerade die Preise für Schweinefleisch abschlagen.

Spiel und Sport.

Morgen findet ein interessantes Wettspiel zwischen Valerbronn I. und Alttensieg I. statt. Der Valerbronner Mannschaft geht ein guter Ruf voraus, jedoch mit einem schönen Spiel zu rechnen ist. Die Alttensieger Mannschaft wird versuchen, durch ruhiges Spiel das verehrliche Publikum voll auf zu befriedigen. Näheres s. Inserat.

Letzte Nachrichten.

Wien, 29. Okt. Nach übereinstimmenden Nachrichten der Blätter ist das Ultimatum der Kleinen Entente in Budapest noch nicht überreicht worden. Wie die „Neue Presse“ berichtet, hat die ungarische Regierung gestern einen Beschluß gefaßt, die in der Note der großen Entente geforderten Bedingungen zu erfüllen. Die Mehrheit der Blätter nimmt an, daß der Ausbruch eines neuen Krieges vermieden werden wird.

Zur Reise des Fürst-Erzbischofs Cernoch nach Thonung meldet die „Neue Freie Presse“, daß er beauftragt sei, König Karl um jeden Preis zum Verzicht auf den Thron zu bewegen.

Berlin, 29. Okt. Den Blättern zufolge, sind zu Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die oberösterreichische Grenzfestsetzungskommission der Generale a. D. von Trenkler und Graf Podewils ernannt worden. Beide waren bereits bei der Festlegung der Grenze in Ost- und Westpreußen, sowie zwischen Deutschland u. Polen tätig.

Ueber die Zusammenziehung der deutschen Verhandlungen für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen haben gestern im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Dr. Schiffer Beratungen stattgefunden. Die endgültige Zusammenziehung der Delegation wird voraussichtlich heute erfolgen.

Wien, 28. Okt. Die Tagespost meldet aus Belgrad: Das aufgesetzte Ultimatum wurde vorgestern nach Prag und Bukarest gesandt. Heute erwartet man in Belgrad die endgültige Reklamation von beiden interessierten Staaten. Auf Grund der jugoslawischen Verfassung muß aber auch die Nationalversammlung das Ultimatum genehmigen. In diesem Zweck ist für Sonnabend, den 29. d. Mts., eine Sitzung einberufen.

Wetterwählisches Wetter.

Der Hochdruck hält die Stürmungen andauernd in Schach. Auch am Sonntag und Montag ist zeitweilig neblig, sonst aber trockenes und ziemlich rauhes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lenz.
 Druck- und Verlag der W. Richter'schen Buchdruckerei Alttensieg.

Wer sich in kurzer und übersichtlicher Weise über die wichtigsten Ereignisse und politischen Vorgänge orientieren will, bestelle und lese die

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Campen“

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Postboten, sowie die Agenten und Aussträger unserer Zeitung entgegen



Altg. Ortskrankenkasse i. d. D. - Bezirk Nagold.

Wir geben bekannt, daß der **Deutist Herr Christoph Kirgis in Altensteig zur Rassenpraxis zugelassen** worden ist.
Nagold, den 27. Oktober 1921.

Vors. des Vorstands: **Verwalter:**
Fig. **Seng.**

Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.

Kommenden **Sonntag, den 30. Okt., nachm 1 1/2 Uhr**, findet in der **„Traube“** in Nagold eine

Mitgliederversammlung

statt. Herr Dr. Grammer vom Landw. Hauptverband wird sprechen über:

„Die neuen Steuern und können wir Landwirte noch weitere Befreiungen erlangen?“

Vormittags 11 Uhr hält ebenda der

Gesamt-Ausschuß eine Sitzung

ab. Die umfangreiche Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen der Herren Vertrauensmänner der Ortsvereine.

Unsere Mitglieder werden zu recht zahlreichem Besuch dringend eingeladen.

Ebhäusen, 25. 10. 21.

Kleiner.

Altensteig.

Ziegen-Zucht-Verein.



Am **Sonntag, den 30. Okt. 1921, mittags 2 Uhr** findet im Gasthof zum **Schwaben** hier die jährliche

General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

Jahres-Bericht. — Kassen-Bericht über Versicherung. — Neuwahlen. — Zucht-Buchführung. — Verschiedenes.

Die Mitglieder werden gebeten, auch die Frauen mitzubringen.

Vollständiges Erscheinen erwartet

der **Ausschuß.**

Fußballklub

des Turnvereins **Altensteig.**



Sonntag, den 30. Oktober

Fußball-Wettbewerb

**Baiersbrunn I
Altensteig I**

Spielbeginn: 2 Uhr.

Egenhausen.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden und dem Begräbnis meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers

Joh. Georg Hauser

Bauer

erfahren durften, sagt herzlichsten Dank im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Gattin:

Anna Maria Hauser
geb. Kopp

Eine **Schreibmaschine**

zu kaufen oder zu mieten gesucht.

Offerte an die Gsch. d. Bl.

**Altensteig.
Prima**

Hundekuchen

von Knorr Deilbronn und von Hubel Untertürkheim sind zu haben bei

Fritz Bühler jr.

Ansichtskarten-Album

sind in schöner Auswahl zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung
Altensteig.

Zu der in Nagold stattfindenden

Evangelisation

von **Sonntag, den 30. Oktober bis Donnerstag, den 10. November** durch **Missionar Adolf Vielhauer**

wird herzlich eingeladen.

Es finden statt: **je abends 7 Uhr** (Sonntags auch 8 Uhr) in der **Stadtkirche** Evangelisationsvorträge mit folgenden Themen:

- | | |
|--|--|
| 30. Okt.: Lebensquellen im Todesland (3U.) | 5. Nov.: Die Männer u. der Ernst uns. Tage (nur für Männer u. Jünglinge) |
| — Ein Blick ins Jenseits (7 Uhr) | 6. Nov.: Schuld und Sühne (3 Uhr) |
| 31. Okt.: Das Rätsel des Todes | — Gott sucht dich! (7 Uhr) |
| 1. Nov.: Die Herrlichkeit des Reiches Gottes | 7. Nov.: Komm' zu Jesu! |
| 2. Nov.: Der Ernst der Entscheidung | 8. Nov.: Freude im Himmel u. auf Erden |
| 3. Nov.: Die einzige Bedingung | 9. Nov.: Ein fruchtbares Leben |
| 4. Nov.: Die Frauen u. die Not unserer Zeit (nur für Frauen und Mädchen) | 10. Nov.: Entweder — Oder! |

Ferner wird der Evangelist in **Bibelstunden** jeden Nachmittag 3 Uhr im **Vereinshausaal** behandeln: „Sätze aus dem Leben des Petrus.“

Geflegenheit zu seelsorgerlicher Aussprache und Beratung wird jeden Tag gegeben sein.

Der Evangelische Kirchengemeinderat.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen

Heinrich Herbold

Elise Herbold

geb. Faist

Grözingen
Karlsruhe

Kälberbronn
Karlsruhe

29. Oktober 1921

Zur Anfertigung

von

Verlobungskarten

und

Hochzeitskarten

sowie

Verlobungsbriefen

empfiehlt sich bestens die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Telefon Nr. 11 Altensteig Telefon Nr. 11



Eine **Kalbbin**

38 Wochen trächtig, verkauft

Georg Rapp
Sartweiler.

Spielberg.

Ein 10 Monate altes

Zuchtrind



verkauft
Karl Morhardt

Reißzunge

in gebogener Ausführung empfiehlt preiswert die

W. Rieker'sche Buchh.
Altensteig.

Kirchliche Nachrichten.

28. **Sonnt. u. Dr. 30. Oktober** Evangel. Gottesdienst um 7 1/10 Uhr in der Kirche. Lieder: 344, 446. Dann Anmeldung für d. Abendmahl am Ref.-Fest. Darauf Kinderkirche. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre: Söhne. **Donnerstag** Abend 8 1/4 Uhr Männer Bibelstunde im Bräutigamsaal. **Freitag** Abend 8 1/4 Uhr ebendort Vorbereitung und Beichte.

Gemeinsch. Jugendheim. Sonntag Abend 8 Uhr Versammlung.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 30. Okt., vorm. 1/10 Uhr Predigt, vorm. 11 Uhr Sonntagschule, nachm. 2 Uhr Jugendbund. **Wittmanns** Schwester E. Wittmüller berichtet über ihre Tätigkeit auf dem Bismarck-Archipel. **Abds. 1/8 Uhr** Predigt. **Mittwoch, den 2. November, abends 8 Uhr** Gebetsversammlung.

Altensteig.

Bettflaschen

in verzinkt, Messing und Kupfer, Qualitätsware empfiehlt

Karl Henßler sen., Eisenwarenhdlg.

Altensteig.

Emmenthaler-Käse

feinst Allgäuer

Tafel-Butter

ist eingetroffen bei

Ehrn. Burghard jr.

Wohrhardt.

3 weiße, wüchsige, zur Zucht geeignete 15 u. 16 Monate alte



Farren

Rotfleck, Rotweiser Abstammung, steht dem Verkauf aus **Johs. Seeger.**

Altensteig.

Neuen und alten



Weiss- u. Rotwein

empfiehlt zu billigsten Preisen

M. Schnierle.

Altensteig.

Winter-Fahrpläne

sind erschienen in zwei Ausgaben große Ausgabe zu **DM. 5.—** kleine „ zu **DM. 2.50.**

Vorrätig in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

